



Niederschrift

Öffentlicher Teil

GV 34/2026/24-29

| | |
|--------------------|--|
| Gremium | Gemeindevertretung |
| Sitzung am: | Montag, 23.02.2026 |
| Sitzungsort | Gemeindesaal, Lindenallee 14, 15366 Hoppegarten |

Beginn: 18:00 Uhr **Ende:** 21:56 Uhr

anwesend:

Vorsitzender der Gemeindevertretung

Herr Kay Juschka

1. Stellvertreter d. Vors.

Frau Bianka Schmäke

2. Stellvertreter d. Vors.

Frau Dorina Bauer

3. Stellvertreter d. Vors.

Herr Thomas Klemm

Mitglieder

Herr Christian Arndt

Herr Arne Bäcker

Frau Sandra Bleckert

Frau Dörthe Erfurth

Frau Janina Fomm

Herr Uwe-Jens Handtke

Frau Simone Hoffmann

Herr Christian Klahr

Frau Jana Köhler

Herr Nico Körper

Frau Sandra Machel

Herr Steffen Molks

Frau Anja Oehmichen

Frau Martina Pätzold

Herr Stefan Radach

Herr Thomas Scherler

Herr Volkmar Seidel

Herr Thomas Starke

Frau B.A. Dagmar Wilde

Herr Tim Zahlmann

Bürgermeister

Herr Sven Siebert

abwesend:

Mitglieder

Herr Marc Ettlich
Herr Dr. Frank Galeski
Herr Sebastian Nabers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|--------------|---------------------|--|
| 1 | | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit |
| 2 | | Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung |
| 3 | | Feststellung von Ausschließungsgründen |
| 4 | | Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 13.01 und 29.01 |
| 5 | | Mitteilungen des Bürgermeisters |
| 6 | | Mitteilungen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung |
| 7 | | Mitteilungen der Ortsvorsteher |
| 8 | | Einwohnerfragestunde |
| 9 | | Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung (max. 30 min) |
| 9.1 | | Schriftliche Anfragen (siehe Ratsinformationssystem) |
| 9.2 | | Mündliche Anfragen |
| 10 | | Informationsvorlagen |
| 11 | | Beschlussvorlagen |
| 11.1 | AN 094/2025/24-29 | Antrag Bürgerhaushalt |
| 11.2 | AN 093/2025/24-29/1 | Schaffung zusätzlicher Parkflächen am Friedhof Hönow |
| 11.3 | DS 222/2026/24-29 | Wahl einer Schiedsperson |
| 11.4 | DS 214/2025/24-29 | Beschluss über eine Befreiung vom Bebauungsplan "Gewerbegebiet 2b-Nord" gem. § 31 Abs. 2 BauGB |
| 11.5 | DS 217/2026/24-29 | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Data Center Heidemühle" sowie Änderung der Planungsziele für die 10. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten |
| 11.6 | DS 229/2026/24-29 | Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans "Heidemühle" |
| 11.7 | DS 155/2025/24-29/1 | Freigabe zur Ausschreibung der weiteren Planungsleistungen kommunaler Wohnungsbau (Rudolf-Breitscheid-Str. 35) |
| 11.8 | DS 188/2025/24-29 | Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses sowie die frühzeitige Beteiligung der 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten |
| 11.9 | DS 189/2025/24-29/1 | Beschluss über die frühzeitige Beteiligung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohn- und Gewerbestandort am Neuen Hönow Weg" |
| 11.10 | DS 201/2025/24-29/1 | Freigabe zur Ausschreibung: Unterhaltung öffentliche Straßen, Wege, Plätze – Mahd Straßenbegleitgrün |
| 11.11 | DS 203/2025/24-29 | Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1208 |

| | | |
|-------|-------------------|--|
| 11.12 | DS 223/2026/24-29 | Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1200 |
| 11.13 | DS 216/2026/24-29 | Aufhebung Sperrvermerke aus dem Stellenplan |
| 11.14 | DS 224/2026/24-29 | Beschluss über die Zustimmung der Gemeinde zum "Bauturbo" nach § 36a BauGB |
| 11.15 | DS 225/2026/24-29 | Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan "Neubauernweg" |

Öffentlicher Teil

1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Es wird die ordnungsgemäße Ladung der Sitzung festgestellt. Die Gemeindevertretung ist mit den o. a. anwesenden Mitgliedern beschlussfähig. Herr Dr. Galeski und Frau Bauer sind online zugeschaltet.

2 **Feststellung der Tagesordnung, ggf. Beschlussfassung über eine Änderung**

Keine.

3 **Feststellung von Ausschließungsgründen**

Herr Zahlmann erklärt seine Befangenheit zu den Tagesordnungspunkten 11.8 und 11.9.

4 **Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 13.01 und 29.01**

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 4: Entscheidung über mögliche Einwendungen zur Niederschrift vom 13.01 und 29.01.

Herr Arndt merkt an, dass der Niederschrift vom 13.01 die Uhrzeit fehlt.

5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Siebert hat 3 Mitteilungen:

1. **Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität**

Herr Siebert informiert, dass der Verwaltung der Bescheid zum Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ in Höhe von 5,2 Mio. Euro zugegangen ist.

Auf Anfrage von Herrn Arndt teilt Herr Siebert mit, dass seitens des Land Brandenburg eine Veranstaltung zur haushalterischen Einplanung der Mittel durchgeführt wurde. Die hierzu vorgestellte Präsentation wird den Gemeindevertretern zur Verfügung gestellt. Die konkrete Einplanung der Mittel wird im Rahmen der Haushaltsberatung 2026 vorgestellt.

2. **Köpenicker Allee**

Herr Siebert berichtet, dass zahlreiche Anfragen zum Zustand der Köpenicker Allee eingegangen sind. Die Verwaltung wird kurzfristige Maßnahmen zur Beseitigung der Schlaglöcher veranlassen.

Der Ortsbeirat Dahlwitz-Hoppegarten hat die Verwaltung beauftragt, die grundhafte Sanierung der Straße auszuschreiben. Parallel dazu wird beim zuständigen Straßenverkehrsamt die Anordnung von Tempo 30 sowie eine Tonnagebegrenzung beantragt.

3. Wasserverbandsversammlung

Herr Siebert stellt die Tagesordnung der bevorstehenden Verbandsversammlung des Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) am 25.02.2026 vor und erläutert die wesentlichen Inhalte.

Die Sitzung wird aufgrund technischer Probleme (Tonübertragung) kurzzeitig unterbrochen, da zwei online zugeschaltete Teilnehmer die Wortbeiträge akustisch nicht wahrnehmen können.

Herr Juschka teilt mit, dass die beiden online zugeschalteten Teilnehmer der Sitzung akustisch nicht folgen können. Die Gemeindevertretung kann die Teilnehmer zwar hören, umgekehrt ist dies jedoch nicht möglich. Er verweist auf die Geschäftsordnung, wonach die Online-Teilnahme grundsätzlich zu ermöglichen ist, soweit dies technisch möglich ist. Dies ist vorliegend offenbar nicht gegeben.

Herr Juschka stellt zur Entscheidung, ob die Sitzung abgebrochen und neu anberaumt oder ohne die beiden Online-Teilnehmer fortgeführt werden soll.

Der Antrag auf Abbruch der Sitzung erhält 3 Ja-Stimmen und findet keine Mehrheit.

Herr Molks schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, damit die Verwaltung versucht, die technischen Probleme zu beheben.

Dem Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt.

Die Sitzung wird für 15 Minuten unterbrochen.

Herr Molks fragt nach dem zuständigen Ansprechpartner im Rathaus für Angelegenheiten des Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE).

Herr Siebert teilt mit, dass er der zuständige Ansprechpartner ist.

Herr Molks erkundigt sich zu Punkt 1 der Mitteilungen, ob es eine Frist für den Abschluss der Investitionsmaßnahmen gibt. Nach seinem Kenntnisstand müsse ein Haushalt beschlossen sein, da die Mittel andernfalls nicht verwendet werden können.

Herr Siebert teilt mit, dass er einen anderen Kenntnisstand habe. Nach den Informationen aus der Informationsveranstaltung könnten die Mittel auch ohne beschlossene Haushaltssatzung zur Verfügung gestellt werden. Zur Frist kann Herr Siebert derzeit keine abschließende Auskunft geben. Die Information wird nachgereicht.

Herr Juschka hat folgende Mitteilungen:

Personelle Veränderungen Fraktion AfD

- Frau Martina Pätzold ist aus der Fraktion AfD ausgeschieden.
- Die Fraktion hat Umgruppierungen in den Fachausschüssen vorgenommen (stellvertretend in Klammern):
 - JBKS: Thomas Klemm (Dörthe Erfurth)
 - Bauausschuss: Marc Ettlich (Uwe Handtke)
 - Finanzausschuss: Simone Hoffmann (Dörthe Erfurth)
 - VBV: Simone Hoffmann (Dörthe Erfurth)
- Im Hauptausschuss stehen die Beschlüsse hierzu noch aus; eine Vorlage folgt.

Veränderungen in der CDU-Fraktion

- HFR: Sebastian Nabers abgerufen, Herr Klahr berufen
- VBV: Christian Klahr abberufen, Sebastian Nabers berufen

VBV – Ausschussvorsitz

- Herr Volkmar Seidel, mit DS 007 2024 berufen, wird abberufen.
- Herr Sebastian Nabers wird benannt.

OBR Dahlwitz-Hoppegarten

Herr Radach informiert, dass der Ortsbeirat Dahlwitz-Hoppegarten in der vergangenen Woche getagt hat. Im Rahmen der Sitzung wurde festgelegt, die Prioritätenliste der Straßenschließungen zu überarbeiten.

Des Weiteren wurde vereinbart, die Standorte der Infokästen zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen. Entsprechende Vorschläge sollen der Gemeindevertretung zur Beratung vorgelegt werden.

Zudem bestätigt Herr Radach die Mitteilung des Bürgermeisters, dass die Köpenicker Allee dringend saniert werden muss.

OBR Münchehofe

Frau Schmäke informiert, dass der Ortsbeirat Münchehofe in der vergangenen Woche Dienstag getagt hat.

Es wurde festgestellt, dass die Geschwindigkeitsanzeige seit etwa zwei Monaten defekt ist.

Für den Münchehofer Weg liegt inzwischen die verkehrsrechtliche Anordnung vor.

Der Gefahrenabwehrbedarfsplan befindet sich seit dem 05.02. zur Prüfung beim Landkreis; eine Rückmeldung steht derzeit noch aus.

Die Straße Pappelweg/Angerstraße kann derzeit nicht mit neuem Recyclingmaterial versehen werden, da der Haushalt noch nicht beschlossen wurde.

Bezüglich der Zuwegung nach Waldesruh wird auf eine Rückmeldung der Naturschutzbehörde sowie des Landesbetriebs Straßenwesen gewartet.

Abschließend weist Frau Schmäke darauf hin, dass am 26.02. ein Seniorencafé sowie am 28.03. ein „Clean-Up Day“ stattfinden, bei dem unter anderem Laub entsorgt werden soll.

OBR Hönow

Frau Köhler informiert stellvertretend für Frau Kämpf, dass am 17.02. ein Vor-Ort-Termin auf dem Friedhof Hönow stattgefunden hat. Dabei wurden konzeptionelle Veränderungen sowie die Möglichkeit zur Schaffung zusätzlicher Stellplätze an der Straße „Am Reiherhorst“ erörtert.

Am 18.02. tagte der Ortsbeirat Hönow. Neben den Themen zum Friedhof wurde auch die Verkehrsberuhigung in der Thälmannstraße beraten. Es soll über das zuständige Straßenverkehrsamt geprüft werden, ob im Bereich vor dem Friedhof eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h angeordnet werden kann.

Darüber hinaus soll geprüft werden, wer für den Winterdienst auf dem gemeindeeigenen Grundstück der Volkssolidarität zuständig ist, nachdem das Gelände aufgrund der Witterungsverhältnisse für Seniorinnen und Senioren zeitweise nicht zugänglich war.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass am 25.04. auf dem Dorfanger ein Frühlingsfest stattfindet.

8 Einwohnerfragestunde

Herr Juschka eröffnet die Einwohnerfragestunde.

Frau Maron führt aus, dass der Bürgerhaushalt beziehungsweise das Ortsteilbudget abgeschafft wurde, um eine Neuausrichtung vorzunehmen. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich, ob die hierfür vorgesehenen Mittel in den aktuellen Haushalt übertragen beziehungsweise übernommen wurden.

Herr Siebert antwortet, dass die Kommunale Aufsichtsbehörde die Haushaltssatzung 2025 aufgehoben hat. Aus diesem Grund konnten keine entsprechenden Haushaltsmittel übertragen werden. Die von den Bürgerinnen und Bürgern vorgeschlagenen Projekte wurden den Gemeindevertretern in Form einer Übersichtsliste zur Verfügung gestellt. Sofern dies gewünscht ist, können diese im Rahmen der Haushaltssatzung 2026 im Investitionsplan berücksichtigt werden. Hierfür ist jedoch eine entsprechende Beschlussfassung erforderlich.

Frau Maron erkundigt sich, wie die künftige Bürgerbeteiligung in diesem Zusammenhang gehandhabt werden soll.

Herr Juschka teilt mit, dass die Frage derzeit noch nicht abschließend beantwortet werden kann. Die Thematik soll zunächst in den Ortsbeiräten beraten werden. Die Mittel sollen künftig auf die Ortsbeiräte verteilt werden.

Herr Klemm erkundigt sich zum Haushalt 2025, der bereits beschlossen war und am 15.12.2025 geändert werden sollte. Die ehemalige Kämmerin habe in der Sitzung angegeben, den Haushalt nicht gekannt zu haben und wollte deshalb keine Stellungnahme abgeben. Herr Klemm fragt, ob der Haushaltsplan der Kämmerin bekannt war.

Herr Siebert bestätigt, dass der Haushaltsplan der ehemaligen Kämmerin bekannt war.

Herr Klemm erkundigt sich zudem, ob die Änderung zum Haushalt auch von der ehemaligen Kämmerin unterschrieben wurde.

Herr Siebert bestätigt dies.

Frau Oehmichen erkundigt sich nach dem Sachstand der Besetzung der Stelle in der Bibliothek.

Herr Siebert teilt mit, dass Vorstellungsgespräche bereits geführt wurden und sich daraus Vorschläge ergeben haben. Aufgrund der noch nicht beschlossenen Haushaltssatzung kann die Stelle als freiwillige Aufgabe derzeit jedoch nicht besetzt werden. Er kündigt an, hierzu weitere Informationen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu geben. Für die Leitung der Bibliothek sind Vorstellungsgespräche für den 16.03. geplant. Herr Siebert bedankt sich bei den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die Bibliothek bisher unterstützt haben.

Frau Wilde erkundigt sich nach der Nutzung von Haus 4. Obwohl die Nutzung per Beschluss untersagt wurde, wird das Haus nach ihrem Kenntnisstand weiterhin genutzt. Sie fragt, wer im Falle eines Unfalls haftet.

Herr Siebert teilt mit, dass die Verwaltung seitens des Ministeriums aufgefordert wurde, entsprechende Konzepte vorzulegen, die auch die Aufsichtspflicht berücksichtigen. Es fand hierzu bereits eine Begehung gemeinsam mit dem Ministerium statt. Zudem ist Anfang März eine weitere Begehung unter Einbeziehung der Unfallkasse vorgesehen. Der Unfallschutz ist gemäß der bestehenden Versicherung gewährleistet. Seitens des Ministeriums wurde keine Einschränkung zur Nutzung von Haus 4 ausgesprochen, sodass das Gebäude weiterhin nutzungsfähig ist.

Herr Handtke erkundigt sich, ob es neue Informationen bezüglich der neu entstandenen Parkfläche an der B1 gibt.

Herr Siebert teilt mit, dass der Eigentümer die Fläche an einen Dritten fremdvermietet hat. Im Rahmen des Flächennutzungsplans sind weitere Behörden zu beteiligen. Derzeit wird das Gelände beräumt. Ziel ist es, die derzeitige Nutzung nicht weiter zuzulassen.

Herr Molks erkundigt sich, ob die Verwaltung die Ortsvorsteherin von Münchehofe darüber informiert hat, dass die Gemeinde Neuenhagen den Neubau einer Polizeidienststelle in der Nähe von Hoppegarten plant.

Herr Siebert erklärt, dass ihm der betreffende Sachverhalt nicht bekannt gewesen sei.

Herr Molks erkundigt sich nach dem Sachstand zur Halle an der Feuerwehr in Hönow. Er weist darauf hin, dass die Beauftragung eines Rechtsanwalts zur Erhebung einer Räumungsklage sowie zur Geltendmachung von Schadensersatz beschlossen worden sei, und bittet um einen aktuellen Bericht zum Stand des Verfahrens.

Herr Siebert bestätigt, dass der Rechtsanwalt beauftragt wurde und die Klage bereits erhoben ist. Er weist darauf hin, dass bei Bedarf ein Termin zur Akteneinsicht vereinbart werden könne.

Herr Molks erkundigt sich zur beauftragten Firma für die Straßenreinigung der Gemeinde für das laufende Jahr. Er fragt, ob die Durchführung satzungsgemäß erfolge und gegebenenfalls ab welchem Zeitpunkt dies der Fall sei.

Herr Große erklärt, dass bislang keine Firma gebunden wurde, da die Ausschreibungen zunächst durch das Gremium behandelt werden sollen. Zudem liege eine E-Mail der Kommunalaufsicht vor, wonach neue Verträge im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nur abgeschlossen werden dürfen, sofern die Maßnahmen unabweisbar oder pflichtig seien. Die Straßenreinigung werde seitens der Verwaltung als Pflichtaufgabe angesehen.

Frau Schmäke erkundigt sich, wie die Audiodateien der Sitzungen allgemein gesichert werden, da eine Aufnahme verschwunden ist.

Herr Siebert bestätigt, dass die Aufzeichnung der Sitzung erfolgt.

Herr Arndt weist darauf hin, dass in der Geschäftsordnung eine Änderung vorgesehen ist, nach der Audiodateien auf der Webseite der Gemeinde Hoppegarten veröffentlicht werden sollen.

10 Informationsvorlagen

Keine.

11 Beschlussvorlagen

11.1 AN 094/2025/24-29 Antrag Bürgerhaushalt

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.1 Antrag Bürgerhaushalt und übergibt das Wort dem Einreicher der Fraktion die Linke.

Frau Köhler weist darauf hin, dass die Fraktion Die Linke den Antrag zu einem anderen Haushalt gestellt hatte. Der Antrag sei nun erneut eingereicht worden, allerdings lediglich mit einem aktualisierten Datum, ohne inhaltliche Änderungen seitens ihrer Fraktion. Sie betont, dass der Antrag zunächst in den Ortsbeiräten sowie im Jugend-, Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss (JBKS) beraten werden müsse. Zwar sei der Antrag bereits im Finanzausschuss behandelt worden, für das neue Haushaltsjahr müsse er jedoch erneut beraten und bewilligt werden. Frau Köhler stellt den Antrag auf Verweisung, welcher mehrheitlich angenommen wurde.

Herr Scherler bittet die Verwaltung, zuvor beim Finanzministerium anzufragen, ob es möglich ist, die Budgets der Ortsbeiräte über das gesetzlich festgelegte Maß aufzufüllen.

Herr Juschka ergänzt die Frage, ob dies gegebenenfalls über eine Satzung erfolgen kann.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt, die bisher auf Grundlage der Bürgerhaushaltssatzung bereitgestellten Finanzmittel in Höhe von 50.000 € für die Realisierung von ortsteilverbessernden Maßnahmen auf der Grundlage von Anregungen, Vorschlägen und Empfehlungen aus der Bürgerschaft, den Ortsbeiräten über einen spezifischen Finanzschlüssel zur Verfügung zu stellen und die Ortsteilbudgets um diese entsprechende Zuweisung aufzustocken. Das Procedere zur Beratung, Beschlussfassung und Umsetzung wird mit der Verwaltung und untereinander abgestimmt und in einer Ergänzung der Geschäftsordnung der jeweiligen Ortsbeiräte festgelegt. Diese Regelung behält so lange Bestand, bis eine neue Satzung zum Bürgerhaushalt vorliegt.

11.2 AN 093/2025/24-29/1 Schaffung zusätzlicher Parkflächen am Friedhof Hönow

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.2 Schaffung zusätzlicher Parkflächen am Friedhof Hönow.

Frau Köhler erklärt, dass der Antragstext angepasst wurde, da am 17.02.2025 ein Vor-Ort-Termin auf dem Friedhof Hönow stattgefunden hat und verliest den neuen Antragstext.

Beschlussvorschlag neu:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass auf dem Grundstück der Gemeinde Hoppegarten in Hönow, an der Straße „Am Reiherhorst“ auf der linken Seite Parkflächen für PKW als Besucherparkplätze für den angrenzenden Friedhof errichtet werden. Die Planung und Ausführung ist dezidiert mit dem Ortsbeirat Hönow abzustimmen.

Die Planung und Ausführung ist dezidiert mit dem Ortsbeirat Hönow abzustimmen.

- **Die Parkbuchten sind so anzulegen, dass der Verkehrsfluss nicht schwerwiegend beeinträchtigt wird.**
- **Die entstehenden Parkplätze sind mit einer Parkzeitbeschränkung von drei Stunden zwischen 6 und 20 Uhr auszuweisen und zu kennzeichnen.**
- **Mindestens zwei Stellplätze sind als Behindertenparkplätze auszuweisen.**
- **Ein Gehweg beginnend in der Thälmannstraße bis zum hinteren Eingangstor (nach Beschluss des Ortsbeirates parkseitig neu zu schaffen) ist begleitend anzulegen und Wegebeziehungen zu schaffen.**
- **Die Versiegelung von Flächen ist auf ein notwendiges Minimum zu beschränken.**
- **Der bestehende Baumbestand ist so gut wie möglich zu erhalten.**
- **Die Planung ist im zweiten Quartal 2026 durchzuführen.**
- **Die benötigten Gesamtprojekt-Mittel sind für das Haushaltsjahr 2026 ff. anzumelden.**
- **Alle notwendigen Vergaben und Ausschreibungen sind, ebenso wie eine möglicherweise notwendige Änderungen im B-Plan, vorab in den Fachausschüssen zu beraten.**
- **Die notwendigen Beteiligungen weiterer berechtigter Gremien sind nachzuweisen.**
- **Einmal pro Quartal sind die Bearbeitungsstände/Fortschritte durch den verantwortlichen Fachbereich unaufgefordert und umfassend bis zur erfolgreichen Beschlusserfüllung mitzuteilen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 24 |

Abstimmungsergebnis: 24 x ja, 0 x nein, 0 x enth.

11.3 DS 222/2026/24-29 Wahl einer Schiedsperson

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.3 Wahl einer Schiedsperson.

Für die Schiedsstelle I standen zwei Bewerber zur Verfügung. Für die Durchführung der Wahl wurde eine Wahlkommission gebildet. In die Wahlkommission wurden Frau Wilde, Frau Köhler sowie Herr Radach berufen.

Vorstellung der Kandidaten

Herr Roder ist 66 Jahre alt und lebt seit 1998 in Hönow bzw. Birkenstein. Er war beruflich als Führungskraft bei der Telekom tätig. Nach seinen Angaben umfasste seine Tätigkeit unter anderem

das Führen von Diskussionen sowie das Lösen von Problemen. Er erklärte, sich für die Gemeinde engagieren zu wollen.

Herr Radke ist 66 Jahre alt und seit drei Jahren im Ruhestand. Er war zuletzt 15 Jahre im Personalbereich einer großen Firma tätig, zuvor im Vertrieb. Er erklärte, dass er sich in der Lage sieht, Lösungen anzubieten und Wege zur Lösung von Konflikten aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis: Herr Radke: 8 Stimmen; Herr Roder: 15 Stimmen; ungültig: 1 Stimme

Da in der Drucksache für die Schiedsstelle II lediglich eine Person als Schiedsperson sowie nur eine Person als stellvertretende Schiedsperson benannt war, ließ Herr Juschka vorsorglich darüber abstimmen. Er schlug eine offene Wahl vor. Diese wurde mehrheitlich angenommen.

Anschließend wurde über die Wahl von Frau Rödingen abgestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung: 22 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen. Frau Rödingen wurde damit gewählt.

Daraufhin wurde über die Wahl von Frau Setz abgestimmt. Das Ergebnis der Abstimmung: 22 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 3 Enthaltungen. Frau Setz wurde damit gewählt.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Hoppegarten beschließt, dem Direktor des Amtsgerichts Strausberg, nach ordnungsgemäßer Durchführung eines Wahlverfahrens, eine Schiedsperson aus dem Kreis der zwei zur Verfügung stehenden Bewerberinnen und Bewerber für die Schiedsstelle I sowie eine Schiedsperson und eine stellvertretende Schiedsperson für die Schiedsstelle II zur Bestätigung und Berufung vorzuschlagen.

Schiedsstelle I: Herr Roder als Schiedsperson.

Schiedsstelle II: Frau Röding als Schiedsperson und Frau Setz als stellvertretende Schiedsperson für die Schiedsstelle II.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 25 x ja, 0 x nein, 0 x enth.

11.4 DS 214/2025/24-29 Beschluss über eine Befreiung vom Bebauungsplan "Gewerbegebiet 2b-Nord" gem. § 31 Abs. 2 BauGB

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.4 Beschluss über eine Befreiung vom Bebauungsplan "Gewerbegebiet 2b-Nord" gem. § 31 Abs. 2 BauGB.

Es liegen keine Wortmeldungen vor; es wird direkt zur Abstimmung übergegangen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt die Erteilung einer Befreiung vom Bebauungsplan „Gewerbegebiet 2b-Nord“ gem. § 31 Abs. 2 BauGB für das Grundstück in der Handwerkerstraße 21 (Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 4, Flurstücke 584, 585) von den folgenden Festsetzungen des Bebauungsplanes:

1. Baugrenze
2. Fassadenbegrünung

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Befreiung für das Baugenehmigungsverfahren verwaltungsseitig auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 25 x ja, 0 x nein, 0 x enth.

- 11.5 DS 217/2026/24-29 **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Data Center Heidemühle" sowie Änderung der Planungsziele für die 10. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten**

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.5 Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Data Center Heidemühle" sowie Änderung der Planungsziele für die 10. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten.

Es liegen keine Wortmeldungen vor; es wird direkt zur Abstimmung übergegangen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt:

- 1.) Die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Datacenter Heidemühle“
- 2.) Die Aufhebung des 10. Änderungsverfahrens des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 20 x ja, 0 x nein, 5 x enth.

11.6 DS 229/2026/24-29 Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans "Heidemühle"

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.6 Verlängerung der Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans "Heidemühle".

Herr Molks fragt nach dem Stand des Bebauungsplanverfahrens, dem weiteren zeitlichen Ablauf sowie dem voraussichtlichen Abschluss. Er weist darauf hin, dass bei einer lediglich einjährigen Verlängerung der Veränderungssperre das Verfahren bereits weit fortgeschritten sein müsse.

Herr Siebert widerspricht und teilt mit, dass der Bebauungsplan in einem größeren Geltungsbereich neu gefasst werden solle, um konkrete Planungsziele zu verwirklichen.

Herr Molks erkundigt sich, ob in den vergangenen zwei Jahren keine weiteren Arbeiten am bisherigen Bebauungsplan erfolgt seien und ob beabsichtigt sei, diesen aufzuheben und einen neuen Bebauungsplan mit erweitertem Geltungsbereich aufzustellen.

Herr Große führt aus, dass zur Umsetzung der Beschlussfassung die Verlängerung der Veränderungssperre erforderlich sei. Die Ausschreibungsunterlagen seien gefertigt. Am Bebauungsplanverfahren sei aufgrund des fehlenden Haushalts nicht weitergearbeitet worden.

Herr Zahlmann erkundigt sich, wie oft eine Verlängerung der Veränderungssperre zulässig ist.

Herr Juschka antwortet, dass eine Verlängerung der Veränderungssperre einmal zulässig sei.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt die Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplan „Heidemühle“ gem. § 17 (1) Satz 3 BauGB um ein Jahr.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 24 x ja, 1 x nein, 0 x enth.

11.7 DS 155/2025/24-29/1 Freigabe zur Ausschreibung der weiteren Planungsleistungen kommunaler Wohnungsbau (Rudolf-Breitscheid-Str. 35)

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.7 „Freigabe zur Ausschreibung der weiteren Planungsleistungen kommunaler Wohnungsbau (Rudolf-Breitscheid-Str. 35)“ und erkundigt sich, ob mit der Drucksache eine neue Verpflichtung während der vorläufigen Haushaltsführung eingegangen wird.

Herr Große erklärt, dass es sich um eine bereits beschlossene Investitionsmaßnahme aus dem Haushalt 2021 handelt, die 2024 um 675.000 € erweitert wurde. Die Investition sei bereits begonnen, daher handele es sich nicht um eine neue Maßnahme.

Herr Seidel erinnert an seine Frage im VBV und erkundigt sich, ob die ausgewiesenen 400.000 € im Haushalt ausschließlich die Planung betreffen.

Herr Große erklärt, dass die Maßnahme aufgrund des Beschlusses auf 1,6 Mio. € gemäß den geschätzten Kosten angepasst wurde. Er geht davon aus, dass sich die Gesamtkosten auf etwa 2 Mio. € belaufen werden. Herr Große ergänzt, dass davon rund 20 % für die Kostengruppe 700 und Nebenkosten vorgesehen sind.

Herr Juschka fragt, wie die Miete für die Mieter festgelegt werden soll, wenn das ursprünglich mit 1 Mio. € kalkulierte Haus nun 2 Mio. € kostet, ohne dass dadurch ein erneutes Zuschussgeschäft für die Gemeinde entsteht.

Herr Große teilt mit, dass bei Kosten von 1,6 Mio. € der Mietpreis 13–15 € pro m² betragen sollte.

Herr Juschka merkt an, dass dies bei Gesamtkosten von 2 Mio. € ungefähr 18 € pro m² entsprechen würde.

Herr Arndt bittet um Mitteilung, welche Mittel für die Leistungsphasen 1 und 2 bereits abgeflossen sind und welche Verbindlichkeiten entstanden sind.

Herr Große teilt mit, dass die Mittelabflüsse und Verbindlichkeiten für die Leistungsphasen 1 und 2 unter 25.000 € liegen.

Herr Zahlmann stellt die Geschäftsordnung zur Verweisung in den Bauausschuss; diese wird einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt, die Planungsleistungen LP 3-4 auszuschreiben. Im Anschluss soll die Ausschreibung und Vergabe der Bauleistungen erfolgen.

11.8 DS 188/2025/24-29 Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses sowie die frühzeitige Beteiligung der 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.8 Beschluss über die Änderung des Aufstellungsbeschlusses sowie die frühzeitige Beteiligung der 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten.

Frau Hoffmann stellt die Geschäftsordnung zur Verweisung in den Bauausschuss, da die Drucksache dort noch nicht behandelt wurde; die Verweisung wird mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt:

- 1) Die Erweiterung der 14. Änderung des Flächennutzungsplans um das Flurstück 843 (teilw.) der Flur 6, Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten.**

- 2) Die frühzeitige Beteiligung gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB für die 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Hoppegarten gem. der Anlagen 01 (Planzeichnung, Stand 10/2025) und 02 (Begründung, Stand 10/2025). Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 843 (teilw.), 1072 und 1074 (teilw.) der Flur 6, Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

11.9 DS 189/2025/24-29/1 **Beschluss über die frühzeitige Beteiligung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohn- und Gewerbestandort am Neuen Hönower Weg"**

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.9 Beschluss über die frühzeitige Beteiligung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohn- und Gewerbestandort am Neuen Hönower Weg".

Diese Drucksache wird ebenfalls per Geschäftsordnungsantrag zur Verweisung in den Bauausschuss gestellt und mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung für den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohn- und Gewerbestandort am Neuen Hönower Weg“ gem. §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB, bestehend aus der Planzeichnung (Anlage 07, Stand 12/2025) und der Begründung (Anlage 08, Stand 12/2025). Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 843, 1072 und 1074 der Flur 6, Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten. Der für die Fortführung des Planungsprozesses notwendige Vorhaben- und Erschließungsplan (Anlage 09, Stand 12/2025) wird gebilligt.

11.10 DS 201/2025/24-29/1 **Freigabe zur Ausschreibung: Unterhaltung öffentliche Straßen, Wege, Plätze – Mahd Straßenbegleitgrün**

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.10 Freigabe zur Ausschreibung: Unterhaltung öffentliche Straßen, Wege, Plätze – Mahd Straßenbegleitgrün.

Herr Juschka merkt an, dass der Bürgermeister pflichtige Aufgaben auch ohne Zustimmung der Gemeindevertretung ausschreiben kann und schlägt eine Änderung des Beschlussvorschlags vor.

Herr Seidel merkt an, dass die Beratungsreihenfolge nicht dem tatsächlichen Stand entspricht.

5 Minuten Pause.

Herr Juschka verliest den neuen Beschlussvorschlag und kommt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag neu:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beauftragt den Bürgermeister, zur Unterhaltung öffentlicher Straßen, Wege, Plätze und zur Mahd des Straßenbegleitgrüns seine gesetzlichen Verpflichtungen unter Beachtung einschlägiger Haushaltsregeln zu erfüllen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 24 x ja, 0 x nein, 1 x enth.

11.11 DS 203/2025/24-29 Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1208

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.11 Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1208.

Es liegen keine Wortmeldungen vor; es wird direkt zur Abstimmung übergegangen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt die Erteilung der Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1208. Voraussetzung ist, dass alle Rechte und Pflichten (mit Weitergabeverpflichtung) aus dem Erbbaurechtsvertrag vom 25.07.2005 vom Käufer übernommen werden. Die Verwaltung wird bei Vorliegen eines notariellen Vertrages ermächtigt, diesen zu genehmigen, wenn die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt werden. Die Gemeinde Hoppegarten ist von allen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Erbbaurechtes stehenden Kosten freizustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 25 x ja, 0 x nein, 0 x enth.

11.12 DS 223/2026/24-29 Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1200

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.12 Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1200.

Es liegen keine Wortmeldungen vor; es wird direkt zur Abstimmung übergegangen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt die Erteilung der Zustimmung zum Verkauf des Erbbaurechtes am Grundstück in der Gemarkung Dahlwitz-Hoppegarten, Flur 3, Flurstück 1200. Voraussetzung ist, dass alle Rechte und Pflichten (mit Weitergabeverpflichtung) aus dem Erbbaurechtsvertrag vom 01.03.2007 vom Käufer übernommen werden. Die Verwaltung wird bei Vorliegen eines notariellen Vertrages ermächtigt, diesen zu genehmigen, wenn die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt werden. Die Gemeinde Hoppegarten ist von allen im Zusammenhang mit dem Verkauf des Erbbaurechts entstehenden Kosten freizustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

| | |
|--|----|
| Gesetzliche Mitgliederzahl: | 28 |
| Anwesend zu Sitzungsbeginn: | 25 |
| Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: | 25 |

Abstimmungsergebnis: 25 x ja, 0 x nein, 0 x enth.

11.13 DS 216/2026/24-29 Aufhebung Sperrvermerke aus dem Stellenplan

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.13 Aufhebung Sperrvermerke aus dem Stellenplan.

Herr Molks erkundigt sich nach der vorgesehenen Verwaltungsstruktur im Hinblick auf die Stellen.

Herr Siebert merkt an, dass ungeachtet dessen bestimmte Aufgaben weiterhin erfüllt werden müssen.

Herr Seidel merkt an, dass ohne eine festgelegte Verwaltungsstruktur nicht beurteilt werden könne, welche Stellen tatsächlich benötigt werden, und führt aus, dass pflichtige Aufgaben entsprechend ausgeschrieben werden sollen.

Herr Siebert teilt mit, dass im dem Hauptausschuss vorgelegten Entwurf des Stellenplans derzeit mehrere Stellen unbesetzt sind. Er verweist zudem auf die Beschlusslage der CDU-Fraktion, wonach ein Einstellungsstopp vorgesehen ist, und erklärt, dass er diesem nicht entgegenhandeln werde. Aufgrund der angespannten Personallage habe er die Drucksache in die Gemeindevertretung eingebracht. Weiterhin informiert er darüber, dass die entsprechende Drucksache bis zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung um weitere Stellen ergänzt werden soll.

Herr Scherler merkt an, dass er eine Zuordnung der vorgesehenen Stellen zu den jeweiligen Fachbereichen wünscht. Zudem bittet er darum, die Vorlage so aufzubereiten, dass über jede einzelne Stelle gesondert abgestimmt werden kann. Insbesondere unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung soll für jede Stelle die zwingende Notwendigkeit sowie die Unabweisbarkeit der Besetzung nachvollziehbar begründet werden.

Herr Arndt schließt sich der vorangegangenen Auffassung an. Zudem bittet er um Klarstellung, welche Stellen unter den Bedingungen der vorläufigen Haushaltsführung rechtlich zulässig besetzt werden dürfen.

Herr Siebert zieht die Vorlage zurück, um sie in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung erneut einzubringen und behandeln zu lassen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt die Ausnahme vom Einstellungsstopp sowie die Aufhebung bestehender kw-Vermerke für folgende Stellen:

1. eine Stelle SB Personalangelegenheiten (EG 9b)
2. eine Stelle SB Archiv (EG 9a – kw-Vermerk)
3. eine Stelle SB Ortspflege Innendienst (EG 8)

11.14 DS 224/2026/24-29 Beschluss über die Zustimmung der Gemeinde zum "Bauturbo" nach § 36a BauGB

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.14 „Beschluss über die Zustimmung der Gemeinde zum ‚Bauturbo‘ nach § 36a BauGB“. Er teilt mit, dass die Drucksache in den Ortsbeiräten beraten wurde. Dabei seien zahlreiche Fragen und Unsicherheiten geäußert worden. Zudem sei darauf hingewiesen worden, dass eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung nicht erfolgen solle und zunächst die rechtliche Umsetzbarkeit der Vorlage geprüft werden müsse. Herr Juschka schlägt vor, die Angelegenheit im Bauausschuss zu beraten, und bittet um ein Votum des Bauausschusses anstelle einer bloßen Kenntnisnahme.

Herr Molks schlägt vor, die Vorlage in einer Sondersitzung zu behandeln, in der ausschließlich der „Bauturbo“ beraten wird. Er bittet die Verwaltung, dabei dezidiert darzustellen, welche Auswirkungen die Vorlage für die Gemeinde hat, insbesondere in Bezug auf mögliche Beschlüsse nach § 36 BauGB und deren Konsequenzen. Darüber hinaus regt er an, gegebenenfalls eine externe Fachperson für Hochbau einzuladen, da die Verwaltung in diesem Bereich personell nicht ausreichend aufgestellt sei.

Herr Arndt bringt einen alternativen Beschlussvorschlag zur Vorlage ein und verliest diesen:

1. **Zustimmungsvorbehalt der Gemeinde:** Die Gemeinde Hoppegarten stellt fest, dass beschleunigte Genehmigungs- und Befragungsverfahren nach bundesrechtlichen Sonderregelungen zum Wohnungsbau, insbesondere nach zukünftigen Vorschriften zur Beschleunigung des Wohnungsbaus im BauGB, nur angewendet werden sollen, wenn die Gemeinde Hoppegarten dem Vorhaben ausdrücklich zustimmt.
2. **Vorrang der Innenentwicklung:** Die Gemeinde Hoppegarten verfolgt weiterhin das Ziel, Innenentwicklung vor Außenentwicklung zu priorisieren. Wohnbauvorhaben im Außenbereich sollen grundsätzlich nicht unterstützt werden, es sei denn, zwingende städtebauliche Gründe sprechen im Einzelfall dafür.
3. **Sicherung der Bauleitplanung als Steuerungsinstrument:** Die Bauleitplanung bleibt das zentrale Instrument für eine geordnete städtebauliche Entwicklung. Abweichungen hiervon sollen nur in begründeten Einzelfällen erfolgen.
4. **Infrastruktur- und Folgekostenprüfung:** Zustimmung zu größeren Wohnbauvorhaben setzt voraus, dass die verkehrliche Erschließung gesichert ist, ausreichende Kapazitäten für Kitas, Schulen und soziale Infrastruktur bestehen oder geschaffen werden, und die Folgekosten für die Gemeinde geprüft sind.
5. **Städtebauliche Verträge:** Bei größeren Wohnbauvorhaben soll die Zustimmung regelmäßig davon abhängig gemacht werden, dass ein städtebaulicher Vertrag

abgeschlossen wird, insbesondere mit Regelungen zu Bauverpflichtungen, Realisierungsfristen und Infrastruktur bei sozialgebundenem [wird unterbrochen]

Herr Juschka schlägt vor, einen Änderungsantrag zu der Vorlage einzureichen.

Herr Scherler beantragt die Verweisung der Vorlage und schließt sich der Auffassung von Herrn Juschka an. Er betont, dass der Beschlussvorschlag nicht aus dem Protokoll heraus gefasst werden soll.

Der Antrag auf Verweisung der Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt,

Variante 1: die Zustimmung der Gemeinde Hoppegarten gem. § 36a BauGB zu Wohnungsbauvorhaben nach § 31 Abs. 3 BauGB, § 34 Abs. 3b BauGB und § 246e BauGB nicht zu erteilen. Der Bürgermeister wird beauftragt die Zustimmung zu Bauvorhaben nach § 36a BauGB nicht zu erteilen.

Variante 2: die Zustimmung der Gemeinde Hoppegarten gem. § 36a BauGB zu Wohnungsbauvorhaben nach § 31 Abs. 3 BauGB, § 34 Abs. 3b BauGB und § 246e BauGB bis zur Ausarbeitung einer Richtlinie nicht zu erteilen. Der Bürgermeister wird beauftragt eine Richtlinie zur Anwendung des Bauturbos in der Gemeinde Hoppegarten auszuarbeiten und diese der Gemeindevertretung zur Beschlussfassung vorzulegen.

11.15 DS 225/2026/24-29 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan "Neubauernweg"

Herr Juschka eröffnet den Tagesordnungspunkt 11.15 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan "Neubauernweg".

Herr Radach gibt bekannt, dass der Ortsbeirat Dahlwitz-Hoppegarten ein positives Votum zu der Drucksache abgegeben hat.

Herr Scherler gibt bekannt, dass die Vorlage im Bauausschuss nicht behandelt wurde und der Entwurf zum städtebaulichen Vertrag noch angepasst werden sollte.

Herr Juschka schlägt vor, die Angelegenheit dennoch zur Abstimmung zu bringen.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung Hoppegarten beschließt:

1.) Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB vorgebrachten Einwendungen und Anregungen zum Entwurf des Bebauungsplans „Neubauernweg“ gem. den beigefügten Unterlagen abzuwägen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bürger und Träger öff. Belange, die Bedenken und Anregungen erhoben haben, vom Ergebnis in Kenntnis zu setzen.

2.) Gem. § 10 (1) BauGB den Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung (Stand 11/2025) und den textlichen Festsetzungen als Satzung. Die Begründung (Stand 11/2025) wird gebilligt.

3.) Den Bürgermeister damit zu beauftragen, mit dem Vorhabenträger einen städtebaulichen Vertrag auf Grundlage des vorliegenden Entwurfs abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen.

Beschlussfähigkeit:

Gesetzliche Mitgliederzahl: 28

Anwesend zu Sitzungsbeginn: 25

Anwesend zu diesem Tagesordnungspunkt: 22

Abstimmungsergebnis: 21 x ja, 0 x nein, 1 x enth.

Kay Juschka
Vorsitzender
Gemeindevertretung

Charleen Abraham
Sitzungsdienst